

Bent Paulsen

Wiedereingliederung arbeitsloser Erwachsener durch Qualifizierungsmaßnahmen*)

Der Bericht stellt den bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Hintergrund dar, vor dem berufliche Nachqualifizierungsmaßnahmen als Modellversuche [1] erprobt werden. Zielgruppe sind arbeitslose Erwachsene, die als Benachteiligte im Hinblick auf ihre Chance zur Wiedereingliederung in das Erwerbsleben gelten. Verdeutlicht werden soll mit der Darstellung auch, daß die hier vorgenommene Bündelung von Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik mit Hilfe von Forschungsergebnissen im Bereich der beruflichen Erwachsenenbildung besser geeignet erscheint, die in Regel-Umschulungsmaßnahmen schier unüberwindlich erscheinenden Hindernisse bei der Re-Integration von Langzeitarbeitslosen und anderen Problemgruppen des Arbeitsmarktes erfolgreich zu überwinden.

1 Das arbeitsmarktpolitische Problem der Langzeitarbeitslosen

Für einen großen Teil der Erwachsenen, die an Umschulungsmaßnahmen nach dem AFG teilnehmen, steht die Entscheidung darüber an, ob es ihnen gelingt, trotz vielfacher Beeinträchtigungen wieder in das berufliche und soziale Leben eingegliedert zu werden. Für nahezu alle Umschulungsteilnehmer, die im Rahmen der Modellversuchsreihe in einem anerkannten Ausbildungsberuf umgeschult werden, gibt es ausgesprochen negative Re-Integrationsprognosen: Sie gelten aufgrund ihrer beruflichen und sozialen Beeinträchtigungen nicht nur als nicht-vermittelbare Arbeitslose, es werden ihnen überdies wegen ihrer Beeinträchtigungen auch keine Erfolgsaussichten bei einer sogenannten Regel-Umschulung zugetraut.

Der Umfang der Dauerarbeitslosigkeit hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen: „Im September 1987 waren rund 330.000 Arbeitslose zwischen ein und zwei Jahren arbeitslos, fünfmal soviel wie in 1980; 340.000 Arbeitslose suchten bereits zwei Jahre oder länger vergeblich Arbeit, achtmal soviel im Vergleich zu 1980, mehr als doppelt soviel wie 1983, mehr auch als 1985. Fast ein Drittel der Arbeitslosen (Bestände) sind damit länger als ein Jahr als Arbeitslose registriert . . .“ [2].

Als typisch gilt bei langdauernder Arbeitslosigkeit vor allem eine Häufung von Beeinträchtigungsmerkmalen, wie sie in der Geschäftstatistik der Bundesanstalt für Arbeit erhoben werden:

- gesundheitliche Einschränkungen,
- älter als 55 Jahre,
- ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

Nur knapp 38 Prozent aller Arbeitslosen zum Zeitpunkt Ende September 1986 waren ohne diese Merkmale, bei dem weitaus größeren Anteil der Arbeitslosen traten diese Merkmale dagegen in mehrfacher Kombination auf. [3]

Hinzu kommen zusätzliche Benachteiligungen bei Frauen, die nach längerer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit wieder aus der ausschließlichen oder überwiegenden Hausfrauentätigkeit heraus eine Erwerbsarbeit aufnehmen wollen, und gegen einen verschärften Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt antreten müssen. Ein ähnlicher Wettbewerbsnachteil gilt auch für Ausländer mit Nicht-EG-Staatsangehörigkeit, zumal bei geringer beruflicher Qualifikation.

Mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit und dem wiederkehrenden Mißerfolgserlebnis bei der Suche nach einem Arbeits-

platz treten zu den objektiven Beeinträchtigten auch subjektive Belastungen, die den Re-Integrationserfolg weiter mindern: Unstabile physische und psychische Verfassung, Verlust der Zeitsouveränität, steigende Schuldenlasten u. a. m. [4]

2 Die Zielsetzung der Modellversuchsreihe: Entwicklung eines Förderkonzepts für benachteiligte Erwachsene in der Regelumschulung

Eine solche Konstellation aufzulösen, die für die Betroffenen einem Teufelskreis gleichkommt, erforderte ein komplementäres erwachsenenpädagogisches und förderrechtliches Konzept. Dieses stand mit dem Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik zwar nicht unmittelbar zur Verfügung, es mußte jedoch direkt mit den Maßnahmenformen aus dem Bereich Fortbildung und Umschulung nach dem Arbeitsförderungsgesetz verknüpfbar sein, um die Finanzierung sowohl der Maßnahmen als auch des Lebensunterhalts der Teilnehmer zu gewährleisten.

Unter Berücksichtigung gerade des stärksten Beeinträchtigungsmoments bei Langzeitarbeitslosen, der bei über 50 Prozent der Personen fehlenden beruflichen Ausbildung [5], mußte jeder ernsthafte Versuch zur Wiedereingliederung dieser Personen in den Arbeitsmarkt auf die (Wieder-)Herstellung einer ausreichenden beruflichen Qualifikation zielen.

Die Rahmenbedingungen hierfür waren allerdings zunächst unklar – und zwar in jeder Hinsicht: Wie sollte ein Personenkreis mit derartigen Beeinträchtigungen zu einer erfolgreichen Teilnahme an beruflichen Umschulungslehrgängen geführt werden? Welche Umschulungsträger könnten unter diesen schwierigen Voraussetzungen Bereitschaft zeigen, für derartig vorbelastete Personen Bildungsmaßnahmen anzubieten und durchzuführen? Wie könnte die Arbeitsverwaltung bei so ungewisser Erfolgsaussicht einer Maßnahmenfinanzierung zustimmen? Und – last but not least – wie könnten Menschen mit nahezu ausschließlich negativen Bildungserfahrungen davon überzeugt werden, daß sie einen Umschulungslehrgang nicht nur „durchstehen“ sondern auch erfolgreich abschließen und damit ihre Aussichten auf einen Arbeitsplatz wesentlich verbessern könnten?

Aus Untersuchungen über Weiterbildungsbeteiligung und Weiterbildungseinschränkungen von sogenannten Problemgruppen, die in der Vergangenheit einen – nicht unumstrittenen – Arbeitsschwerpunkt der Abteilung „Berufliche Andragogik“ im Bundesinstitut gebildet hatten, konnten die wesentlichen erwachsenenpädagogischen Innovationen abgeleitet werden: Zur Überwindung des bei diesen Personengruppen besonders ausgeprägten Problems der Lernungewohntheit müßten Stütz- und Förderangebote eingerichtet werden, um die Voraussetzungen für den Einstieg in die fachliche Ausbildung zu schaffen. [6]

Neben den schon angesprochenen Forschungsergebnissen des Bundesinstituts für Berufsbildung hat eine Untersuchung im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft zusätzliche Aufschlüsse über Gestaltungsansätze zur Umschulung benachteiligter Erwachsener gegeben [7]: Wenn Umschulung für benachteiligte Erwachsene erfolgreich verlaufen soll, dann muß ein integriertes sozialpädagogisches, erwachsenenpädagogisches und förderrechtliches Konzept der persönlichen Beratung und Förderung für die Teilnehmer entwickelt und eingesetzt werden.

Dies muß bereits bei den Vorgesprächen beginnen, die zur Teilnahmeentscheidung hinführen; es muß sich fortsetzen in einer beruflichen Orientierungsphase; es muß die fachliche Ausbildung mit sozialpädagogischen Stütz- und Förderkursen

*) Überarbeitete Fassung eines Vortrags beim 10. Deutsch-Israelischen Seminar über Fragen der Berufsbildung vom 25. bis 29.04.1988 in Berlin.

begleiten und nach Abschluß der Umschulung den Übergang in die Arbeitsplatzsuche und Erwerbstätigkeit unterstützen.

Insbesondere aber mußten mit der Arbeitsverwaltung Modalitäten zur Förderung dieser zusätzlichen, kostenwirksamen Aktivitäten entwickelt und vereinbart werden, um auch und vor allen Dingen solche Teilnehmer in die Umschulungsmaßnahmen hineinzubekommen, die ihrer am dringendsten bedürften.

Mit dieser Beschreibung sind auch die Ziele umrissen, die der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und das Bundesinstitut für Berufsbildung der Modellversuchsreihe zur beruflichen Qualifizierung von Erwachsenen . . . gegeben haben: „Ziel . . . ist die Entwicklung und Erprobung von Maßnahmen zur Umschulung Erwachsener, die aufgrund ihrer sozialen Situation, schulischer Defizite, wegen ihrer Nationalität oder wegen ihres Geschlechts bisher keine volle berufliche Qualifizierung erreicht haben. Besonders betroffen sind Erwachsene, die aus mehreren dieser aufgezählten Gründe benachteiligt sind. Da diese Erwachsenen besonders stark von Arbeitslosigkeit bedroht oder bereits arbeitslos sind, ist ihre berufliche Qualifizierung von großer Bedeutung für eine dauerhafte Eingliederung in das Beschäftigungssystem. Die Regelförderung der Umschulung nach dem Arbeitsförderungsgesetz, wie sie bisher angeboten wird, ist oft noch zu wenig auf die Bedürfnisse dieser Personengruppe ausgerichtet. Gegenstand der Modellversuche ist die Entwicklung und Erprobung von Wegen zur Ermöglichung der Bedingungen, die für eine erfolgreiche Qualifizierung von Erwachsenen ohne Berufsausbildung erforderlich sind.“ [8]

3 Zur Durchführung der Modellversuche

Träger – Teilnehmer – Auswertungsverfahren

Aktuell werden elf Modellversuche durchgeführt, weitere drei befinden sich im Vorbereitungsstadium – eine Übersicht findet sich in diesem Heft.

Durchführungsträger sind Betriebe, Bildungswerke, Gewerkschaften, Kammern, Volkshochschulen, Sozialpädagogische Vereine u. a.

Der Umschulung der Teilnehmer mit 18 bis 24 Monaten Dauer ist eine Vorbereitungsphase von sechs Monaten Dauer vor- und eine Nachbetreuungsphase von ebenfalls sechs Monaten Dauer nachgeschaltet.

Jeder Modellversuch wird wissenschaftlich begleitet, um den Verlauf der Maßnahme zu dokumentieren, die je nach Teilnehmergruppe unterschiedlichen erwachsenenpädagogischen Konzepte zu entwickeln und zu evaluieren und Hinweise für die Umsetzung in Regelmaßnahmen zu erarbeiten.

Zur Zeit nehmen rund 430 Personen an den Modellversuchen teil; einschließlich der Teilnehmer in den drei Modellversuchen, die noch 1988 und 1989 beginnen werden, wird die Teilnehmerzahl dann über 500 Personen betragen. Annähernd zwei Drittel der jetzigen Teilnehmer sind Frauen. In vier Modellversuchen sind Männer und Frauen als Teilnehmer angesprochen; fünf Modellversuche haben ausschließlich weibliche Teilnehmer; in zwei Modellversuchen sind ausschließlich männliche Teilnehmer.

Der Auftrag des Bundesinstituts beschränkt sich nicht auf die haushaltsmäßige und fachliche Betreuung der Modellversuchsdurchführung. Zum Betreuungskonzept gehört auch die Querauswertung von Ergebnissen im Hinblick auf die Übertragung in Regel-Umschulungsmaßnahmen, auf die bildungs- und sozialpolitische Umsetzung durch die Bundesregierung und im Hinblick auf erforderliche Veränderungen der Förderung beruflicher Fortbildung und Umschulung durch die Arbeitsverwaltung.

Ein Spezifikum dieser Modellversuchsreihe ist die kontinuierliche Umsetzung von Ergebnissen während der laufenden Arbeit. Grundlage hierfür sind die Berichte der Träger und der wissenschaftlichen Begleitungen, die vom Bundesinstitut ausgewertet werden, der ständige Gesprächskontakt zwischen den fachlichen Betreuern im BIBB und den Beteiligten in den Maßnahmen sowie

regelmäßige Konferenzen mit Vertretern aller Modellversuche im Bundesinstitut. Diese laufende Auswertung erfolgt mit dem Ziel unmittelbarer Verbesserungen zugunsten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie der Umschulungschancen anderer Benachteiligter in Regel-Umschulungsmaßnahmen.

Parallel dazu werden im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft von der Pädagogischen Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschulverbands Arbeitshilfen für Durchführungsträger in Form von Handreichungstexten entwickelt und Fortbildungsveranstaltungen für Beratungs- und Lehrpersonal durchgeführt. Grundlage hierfür sind ebenfalls die detaillierten Berichte aus der Praxis der Modellversuche.

4 Einige Ergebnisse aus den laufenden Modellversuchen

Unter den Erkenntnissen, die bereits jetzt als gesichert anzusehen sind, will ich beispielhaft zwei Komplexe skizzieren:

4.1 Zum Zusammenhang von existenzsichernder individueller Förderung und Teilnahme-Erfolgchancen

Der sozialpolitische Grundsatz, daß nur nach der Dauer und nach der Höhe früher geleisteter Beiträge ein Anspruch auf Unterhaltsgeld nach dem Arbeitsförderungsgesetz besteht, verweist einen wachsenden Anteil der Langzeitarbeitslosen in die Sozialhilfe. Durch die niedrig bemessene, vielfach kaum existenzsichernde Höhe der Sozialhilfebeträge wird diesen Menschen die Teilnahme an einer beruflichen Umschulung auf indirektem Wege erschwert oder sogar unmöglich gemacht: Schon die unvermeidlichen Nebenkosten in der Lebensführung, die durch zusätzliche Fahrten, außerhäusliche Mahlzeiten u. a. m. entstehen, nehmen dann dramatische Formen an. Dies gilt ganz besonders für alleinerziehende Mütter, deren Kinder noch nicht im schulpflichtigen Alter sind und ganztags betreut werden müssen. [9]

Wer sich unter diesen Voraussetzungen dennoch zu einer Umschulungsteilnahme entschließt, wird – so zeigen es die Erfahrungen aus den Werbe- und Vorlaufphasen in den Modellversuchen – zwangsläufig überdurchschnittlich hohe Fehlzeiten haben; denn jedes fehlende Fahrgeld oder jede, auch kurze, Kindeserkrankung stellen dann ein kaum überwindbares Hindernis dar. Sehr häufig gehen mit derart prekären Lebensverhältnissen auch Schuldenbelastungen einher, die – gemessen am aktuellen Lebenseinkommen – bedrohliche Ausmaße annehmen. [10] Ein Ausweg wird unter solchen Umständen in – unerlaubter – Arbeit in Gelegenheitsjobs (Schattenarbeit) gesucht und gefunden. Auch dies beeinträchtigt Anwesenheit und Erfolgchancen der Umschüler maßgeblich.

Bedenkt man die gesellschaftlichen Dauerkosten und die sozialen Folgekosten einer so zugespitzten Lebenssituation, dann ist es nur konsequent, in diesen Fällen für eine von dem oben angesprochenen sozialpolitischen Prinzip abweichende Regelung zu plädieren. Das heißt, es sollte ein existenzsichernder Lebensunterhalt für die Teilnahme an Umschulungsmaßnahmen, sozusagen ein Bildungsbonus, gewährt werden. [11]

Erwähnt sei nur am Rande, daß auf kommunaler Ebene zunehmend solche Formen der Lebensunterhaltssicherung entwickelt werden, bei denen die Teilnahme an einer beruflichen Qualifizierung als versicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis definiert und damit mittelfristig eine Entlastung des kommunalen Haushalts erwartet wird. [12] Schon kurzfristig kann hierdurch dazu beigetragen werden, daß die Teilnehmer die Maßnahme nicht nur nicht abbrechen, sondern sogar erfolgreich abschließen.

4.2 Zur Gestaltung von Weiterbildungsmaßnahmen für benachteiligte Erwachsene

Es hat sich bei der Durchführung der Modellversuche bestätigt, daß es unbedingt erforderlich ist, die Umschulung benachteiligter Erwachsener nicht direkt mit der berufsfachlichen Ausbil-

derung zu beginnen, sondern davor eine – je nach Population angemessen lange – Phase der Persönlichkeitsstabilisierung und der Berufswahl einzurichten. Nahezu jeder Langzeitarbeitslose hat, so zeigen es die Erfahrungen, zunächst große Mühe, an seine Erfolgsfähigkeit zu glauben und neigt daher dazu, einen rationalen Entscheidungsprozeß, wie es die Entscheidung für einen Umschulungsberuf sein könnte, als fremdgesteuerte und daher zufallsabhängige Schicksalsfügung anzusehen. Dieser Fatalismus läßt sich durch einen mühevollen Lernprozeß abbauen, an dem der einzelne Teilnehmer gemeinsam mit den übrigen Gruppenmitgliedern unter qualifizierter sozialpädagogischer Anleitung während der Vorbereitungsphase arbeiten muß. [13]

Ein spezielles Problem, zu dessen Lösung ebenfalls eine qualifizierte sozialpädagogische Betreuung erforderlich ist, stellt sich, wenn es darum geht, Frauen in gewerblich-technischen Berufen umzuschulen, die traditionell als Männerberufe gelten. Nicht nur das soziale Umfeld, das sind Lebenspartner, Kinder, Freunde und Bekannte, sondern sowohl die Frauen selbst als auch die Umschulungsbetriebe benötigen einen langwierigen Überzeugungsprozeß, um einen solchen Schritt zu ermöglichen. [14] Durch Stärkung des Selbstwertgefühls und des Vertrauens in die eigenen Fähigkeiten kann bei den Frauen die Bereitschaft zur Ausbildung in diesen Berufsbereichen geweckt werden. [15]

Auch während der eigentlichen Umschulung ist eine ständige qualifizierte Hilfe zur Bewältigung persönlicher Krisen und zum Ausgleich von Lern- und Leistungsschwächen notwendig, um das Abbruch-Risiko zu mindern. Dies ist am besten in der Form von Stütz- und Förderkursen zu organisieren, aber auch die sozialen Kontakte in der Teilnehmergruppe lassen sich sinnvoll zur Stabilisierung nutzen.

Durch die erfolgreiche Arbeit in den Modellversuchen können darüber hinaus auch Betriebe zur Bereitstellung von Regel-Umschulungsplätzen für solche Personen gewonnen werden, die jetzt noch zu den Zielgruppen der Modellversuchsreihe gehören. Damit wird ein zusätzlicher Effekt zur Wiedereingliederung erzielt, denn insbesondere die Umschulung in einem Betrieb erleichtert den anschließenden Übergang in ein Beschäftigungsverhältnis.

Ein Einwand gegen das beschriebene aufwendige Vorgehen lautet, daß die Umschulung zu sehr in die Nähe einer therapeutischen Veranstaltung gerät, durch den hohen zusätzlichen Personaleinsatz im sozialpädagogischen Feld unverhältnismäßig hohe Kosten verursacht und durch die Vorphase die Dauer der gesamten Maßnahme unnötig verlängert.

Nach den uns bisher vorliegenden Ergebnissen aus der Modellversuchsreihe können diese Argumente entkräftet werden:

Der Grad der sozialen und beruflichen Benachteiligung von Langzeitarbeitslosen kann – wie einleitend geschildert – nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wenn die Teilnahme an Umschulungsmaßnahmen nicht bloß eine vorübergehende geringfügige Bereinigung der Arbeitslosenstatistik bewirken soll, dann ist es unumgänglich, Konzepte für die Umschulung zu entwickeln und zu realisieren, die diesen Rahmenbedingungen gerecht werden und den Erfolg der Umschulung so weit wie möglich sicherstellen.

Berücksichtigt man ferner, daß der weitaus überwiegende Teil der Menschen, die an den Vorbereitungsmaßnahmen teilgenommen haben und nun in der Umschulung sind, nach ihrer individuellen Leistungsprognose als nicht umschulungsfähig eingestuft worden waren, dann ist bereits die Teilnahme an der Umschulung ein unbestreitbarer Erfolg. Die zusätzlichen Kosten schließlich, die mit den Methoden in den Modellversuchen verbunden sind – hier ist nicht von den zusätzlichen Kosten der Modellversuche und der wissenschaftlichen Begleitung selbst die Rede – sind in Beziehung zu setzen erstens zu den Aufwendungen und Einnahmeverlusten, die gesellschaftlich und den Sozialversicherungsträgern durch Langzeitarbeitslosigkeit entstehen, zweitens zu den ertragslosen Aufwendungen für Maßnahmebeteiligung,

die abgebrochen wird und wieder in Arbeitslosigkeit mündet, und drittens zu den Erträgen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, die nach erfolgreichem Abschluß einer Umschulung zu erwarten ist.

Als vorläufige Bilanz aus dem bisherigen Ablauf läßt sich feststellen, daß diese Modellversuchsreihe nicht nur einen innovativen Weg zur Verbindung von Berufsbildungspolitik, praxisorientierter Erwachsenenbildungsforschung und Arbeitsmarktpolitik zu beschreiten versucht hat. Noch viel wichtiger ist, daß sich mit diesen Modellversuchen auch praktisch nachweisen läßt, wie ein integriertes Förderkonzept innovativer erwachsenenpädagogischer Arbeit in Regel-Umschulungsmaßnahmen übertragen werden kann. [16]

Anmerkungen

- [1] Der Titel der Modellversuchsreihe lautet: „Zur beruflichen Qualifizierung von Erwachsenen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben und ein besonderes Arbeitsmarktrisiko tragen“. Die Modellversuchsreihe wird aus Mitteln des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft gefördert und vom Bundesinstitut für Berufsbildung fachlich und wissenschaftlich betreut.
- [2] BRINKMANN, Chr.: Langzeitarbeitslosigkeit – Stand, Entwicklung, Perspektiven, Maßnahmen. In: Autorengruppe: Individuelle und sozialstrukturelle Folgen der Massenarbeitslosigkeit. Arbeitspapiere des Arbeitskreises sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF), 1988 (in Vorbereitung), S. 4.
- [3] Vgl.: a. a. O., S. 29, Übersicht 3a.
- [4] Vgl. hierzu die klassische Studie von Marie JAHODA, Paul F. LAZARFELD und Hans ZEISEL: Die Arbeitslosen von Marienthal, Leipzig 1933, 2. unv. Aufl. 1960, Allensbach und Bonn sowie MARKERT, Werner: „Lebens- und berufsbiographische Krise bei Langzeitarbeitslosen – Zur Einführung“. In: Markert, W., und Zimmer, G. (Hrsg.): Lernen in Umschulungsmaßnahmen – Lebens- und berufsbiographische Krise und Lernprozesse bei Langzeitarbeitslosen. Bundesinstitut für Berufsbildung – Modellversuche zur beruflichen Qualifizierung von Erwachsenen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben und ein besonderes Arbeitsmarktrisiko tragen. Heft 10, Berlin 1988.
- [5] Vgl.: BRINKMANN, Chr.: a. a. O., S. 28, Übersicht 1.
- [6] Vgl.: MARKERT, Werner, und KÜHN, Günter: „Berufliche Qualifizierung von lerngewohnten Arbeitslosen in Betrieben und berufsbildenden Einrichtungen im Rahmen des Forschungsprojekts 4.047“. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 14. Jg. (1985), Heft 4, S. 152–153, sowie HARKE, Dietrich, und FREIBICHLER, A.: Fragebogen zu Lernproblemen Erwachsener – FLE. Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für Berufsbildung, Berlin 1982.
- [7] Vgl.: DICKERT-LAUB, Margit, und ROSE, Annemarie: Analyse der Erfahrungen in der Qualifizierung von Personengruppen, die aufgrund sozialer Benachteiligungen oder schulischer Defizite oder aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer Nationalität im Alter der Erstausbildung keine volle Qualifikation erhalten haben – Empfehlungen für Modellversuchsträger. Forschungsstudie im Auftrag des BMBW, vervielf. Manuskript, Essen 1985.
- [8] Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Modellversuchsreihe zur beruflichen Qualifizierung von Erwachsenen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben und ein besonderes Arbeitsmarktrisiko tragen. Hektographiertes Manuskript, Bonn 1984.
- [9] Vgl.: AXHAUSEN, Silke, und DORN, Charlotte: Zur Konzeptionierung eines Modellversuchs sowie zu Ablauf und Erfolg einer Vorbereitungsphase – Ergebnisse aus dem Modellversuch „Umschulungsvorbereitung und Umschulung alleinerziehender Sozialhilfeempfängerinnen. Bundesinstitut für Berufsbildung – Modellversuche zur beruflichen Qualifizierung von Erwachsenen...“, Heft 12, Berlin 1988.
- [10] Vgl.: KLEINSCHMIDT, Rolf: Weiterbildung von Arbeitslosen – Probleme und Lösungsansätze. Vortrag bei den Informations- und Kommunikationstagen am 02. und 03.05.1988 im Berufsförderungszentrum Essen.
- [11] Vgl.: BREUER, Klaus-Detlef, und KLEINSCHMIDT, Rolf: „Modellversuchsreihe zur beruflichen Qualifizierung von Erwachsenen. – Ergebnisse einer Arbeitstagung der Träger und Projektleiter.“ In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 16. Jg. (1987), Heft 2, S. 66–67.
- [12] Vgl.: GABRIEL, Hans: „Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik – Was können die Kommunen tun? – Einige ausgewählte Beispiele.“ In: Gewerkschaftliche Bildungspolitik, Heft 2/88, S. 42 ff.

- [13] Vgl.: PETERS, Sybille: Berufliche Selbstdeutungen nach längerfristiger Arbeitslosigkeit und Veränderungen in einer betrieblichen Umschulung" – Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Modellversuchs „Berufliche Qualifizierung von längerfristig Arbeitslosen in Metalberufen". Bundesinstitut für Berufsbildung – Modellversuchsreihe zur beruflichen Qualifizierung von Erwachsenen . . . , Heft 4, Berlin 1987.
- [14] Vgl.: BUSCH, Carola, und KOCH, Christiane: „Raus aus der Familienphase" – Konzeption des Modellversuchs und der wissenschaftlichen Begleitung zum Modellversuch „Qualifizierung arbeitsloser Frauen nach der Familienphase", Bundesinstitut für Berufsbildung – Modellversuchsreihe zur beruflichen Qualifizierung von Erwachsenen . . . , Heft 7, Berlin 1987.
- [15] Vgl.: dies.: „Keine Zwangsemanzipation bitte!" – Auswertung der Vorlaufphase und der Orientierungsphasen – Bundesinstitut für Berufsbildung – Modellversuchsreihe zur beruflichen Qualifizierung von Erwachsenen . . . , Heft 13, Berlin 1988.
- [16] Vgl. hierzu auch die weiteren Beiträge in diesem Heft.

Werner Markert

Berufliche Weiterbildung von Langzeitarbeitslosen im betrieblichen Rahmen

Konzeptionelle und didaktische Ansätze

Beteiligung von Betrieben an Qualifikationsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose

Die 1986 von der Bundesregierung und der Bundesanstalt für Arbeit proklamierte „Qualifizierungsoffensive" hatte das erklärte Ziel, in verstärktem Maße Betriebe als Träger von beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen zu gewinnen. Trotz großen Engagements der Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft hat eine deutlich erkennbare Steigerung der Beteiligung von Betrieben an Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitslose nicht stattgefunden. Das haben auch Anfragen bei den Landesvereinigungen der Arbeitgeberverbände für 1987 bestätigt. Insgesamt kommt weiterhin der Einarbeitung – mit gut 70 Prozent aller betrieblich durchgeführten Maßnahmen – das stärkste Gewicht bei AFG-Maßnahmen zu (vgl. DOBISCHAT/NEUMANN 1987, MALCHER 1987 und MARKERT 1987).

In die Modellversuchsreihe zur „Nachqualifizierung" von Langzeitarbeitslosen (vgl. den Beitrag von Bent Paulsen in diesem Heft) sind zwei Großbetriebe und mehrere Klein- und Mittelbetriebe einbezogen. In diesen Modellversuchen hat sich die Chance geboten, exemplarisch Konzeptionen für die berufliche Weiterbildung verschiedener Zielgruppen von Langzeitarbeitslosen zu entwickeln. Die Maßnahmen bieten eine abschlussorientierte Umschulung unter betrieblichen Bedingungen an. Gleichzeitig wurden in einem Forschungsprojekt des Bundesinstituts für Berufsbildung Betriebe und Bildungswerke der Wirtschaft befragt, die AFG-Maßnahmen für Langzeitarbeitslose veranstaltet haben. Eine Auswertung dieser Befragungen und der ersten Modellversuchsergebnisse soll im folgenden aufzeigen, welche Schwierigkeiten Betriebe bei der Beteiligung an Maßnahmen für Langzeitarbeitslose haben, aber auch welche berufs- und erwachsenenpädagogischen Konzeptionen in betrieblichen Modellversuchen realisiert wurden.

Es hat sich gezeigt, daß bei Betrieben und vor allem den Ausbildern noch häufig große Vorbehalte bestehen, (Langzeit-) Arbeitslose in die betriebliche Weiterbildung einzubeziehen. So wurde zuallererst darauf hingewiesen, daß die Ausbildungswerkstätten nach wie vor überbelegt seien und freie Ausbildungsplätze für andere Gruppen nicht zur Verfügung stünden. Zudem schaffe die noch immer hohe Ausbildungsquote ohnehin betriebliche Probleme, da nur mit großen Schwierigkeiten die jungen Ausbildungsabsolventen auch übernommen werden könnten. Erst wenn ein deutlicher Rückgang der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen sichtbar sei, könnten arbeitslose Erwachsene in betriebliche Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen aufgenommen werden. Wenn aber Betriebe AFG-geförderte Maßnahmen für Arbeitslose anbieten, dann läßt sich als Tendenz eindeutig feststellen, daß in der Regel primär die gut vorqualifizierten Arbeitslosen mit Betriebserfahrung in die betriebliche Weiterbildung aufgenommen

werden. Arbeitslose, die besonderer (sozial-)pädagogischer Hilfen bedürfen, werden den freien Trägern „überlassen". Vor allem die Ausbilder in Betrieben weisen darauf hin, daß die bei Langzeitarbeitslosen zumindest zu Anfang einer Maßnahme häufigen Fehlzeiten den Prüfungserfolg der Teilnehmer bei einer nur ein- einhalbjährigen Regel-Umschulung stark gefährden. Auch seien in der kurzen Umschulungszeit weder eine breite Grundausbildung noch die notwendigen betrieblichen Übungsphasen für Teilnehmer zu leisten, die längere Zeit aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden sind. Vor allem die Erfahrung, daß insbesondere Langzeitarbeitslose zu Beginn einer Fortbildungsmaßnahme gezielter Hilfen durch Sozialpädagogen und Stützkurse bedürfen, erscheint den Betrieben als nicht zumutbare Belastung für das Ausbildungspersonal (vgl. auch LAURITZEN 1987).

Es entstehen aber zunehmend Initiativen, um im Rahmen von Lernort-Verbund-Modellen auch Betriebe in die berufliche Weiterbildung Arbeitsloser zu integrieren.

Besondere Aktivitäten entwickeln die Bildungswerke der Wirtschaft vor allem in Bayern, Berlin und Hessen. Aus der Arbeit der Pädagogischen Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschulverbandes ist bekanntgeworden, daß es bereits über 40 Lernortverbünde zwischen Betrieben und Volkshochschulen bundesweit gibt. Industrie- und Handelskammern fordern koordinierte Weiterbildungsprogramme unterschiedlicher Träger als Instrument einer effektiven Regionalpolitik.

Im folgenden sollen zwei Gruppen von Maßnahmen dargestellt werden, die von Betrieben und Bildungswerken der Wirtschaft angeboten werden.

Wie bereits betont, beteiligen sich Betriebe überproportional an Einarbeitungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit. Sie sind bereit, Arbeitslose einzubeziehen, wenn sie das Vorhandensein betrieblicher „Arbeitstugenden" erwarten können. Um die Arbeits- und Berufsfähigkeit von Arbeitslosen wieder aufzubauen, finanzieren die Arbeitsverwaltungen Übungswerkstätten von halbjähriger Dauer, in denen Teil-Berufsfeld-Qualifikationen erworben werden sollen. Das Berufsbildungszentrum eines Bildungswerkes der Wirtschaft führt solche Maßnahmen für Langzeitarbeitslose durch. Die Konzeption dieses Bildungswerkes besitzt exemplarischen Charakter für die berufliche Fortbildung der Zielgruppe und wird im nächsten Abschnitt dargestellt.

Unter dem Gesichtspunkt des Trends zur „Höherqualifizierung" fördert die Modellversuchsreihe zur „Nachqualifizierung" von Langzeitarbeitslosen nur abschlussorientierte Umschulungen. Die Ergebnisse sollen in Regelmaßnahmen der Bundesanstalt umgesetzt werden. Die ersten Erkenntnisse aus den Modellversuchen werden im letzten Abschnitt beschrieben.